

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

148 (28.6.1952)

ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2,50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2,80, im Verlag abgeholt 2,50 DM

Badischer Landmann
gegründet 1898



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 20 Pf. — (Preisliste Nr. 4.)
(Tel. aufgegeb. Inserate ohne Gewähr.)
Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

4. 53. Jahrgang

Samstag, den 28. Juni 1952

Nr. 148

Fünf Ausschüsse beraten die Verträge

Zweite Lesung Anfang September — Adenauer sprach vor der FDP

Bonn (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer erklärte nach einer Aussprache mit der FDP-Bundestagsfraktion über die deutsch-alliierten Vertragswerke, ihre zweite Lesung im Bundestag werde voraussichtlich nach den Parlamentsferien Anfang September stattfinden. Die Ausschussberatungen würden wahrscheinlich noch vor dem offiziellen Ende der Bundestagsferien Ende August beginnen.

Die Verträge sollen nach der ersten Lesung am 9. und 10. Juli an fünf Fachausschüsse zur eingehenden Beratung überwiesen werden. An den Ausschussberatungen werden über 100 Abgeordnete, das sind mehr als ein Viertel des gesamten Bundestages, beteiligt sein. Dr. Adenauer meinte, daß die FDP den Verträgen zustimmen werde. FDP-Abgeordnete erklärten, die Ausführungen des Kanzlers seien „sehr eindrucksvoll und überzeugend“ gewesen. Der bekannte „Pfeiderer-Plan“ sei nicht zur Sprache gekommen.

Staatssekretär Hallstein bestätigte, daß er am Sonnabend im Auftrage des Bundeskanzlers in Berlin mit dem amerikanischen Außenminister Acheson zusammentreffen wird. Dabei soll Hallstein die Kriegsverbrecherfrage zur Sprache bringen. Die Anregung von CDU-Abgeordneten, die erste Lesung über den Deutschlandvertrag und den Vertrag über die Errichtung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in Berlin abzuhalten, hat keine Mehrheit gefunden. Die Mehrheit der Abgeordneten lehnte dies aus praktischen und politischen Gründen ab.

Der Bundeskanzler wird während der Parlamentsferien ebenfalls in Urlaub gehen. Wie aus dem Bundeskanzleramt bekannt wird, fährt er von Ende Juli bis Mitte August auf den Bürgenstock in der Schweiz. Auch im vergangenen Jahr verlebte der Bundeskanzler seinen Urlaub am Vierwaldstätter See.

Die Verwirklichung des Schumanplans

Am 11. Juli Ministerkonferenz — Straßburg oder Lüthlich Sitz der Schumanplan-Behörde

Paris (UP). Die Frage, ob gemäß dem französischen Vorschlag Straßburg oder nach dem belgischen Vorschlag Lüthlich Sitz der Schumanplan-Behörde werden soll, wird Ende nächster Woche in Brüssel von Vertretern der sechs Unterzeichnerstaaten des Schumanplans beraten werden. Die Zusammenkunft soll am Freitag oder Samstag stattfinden. Dabei wird die Tagesordnung für die Ministerkonferenz, welche am 11. oder 12. Juli stattfinden soll, vorbereitet. Die Außenminister Frankreichs, Italiens, der Bundesrepublik, Hollands, Belgiens und Luxemburgs werden voraussichtlich am 11. oder 12. Juli in Paris zusammenkommen, um die Beschlüsse zu fassen, die erforderlich sind, um die Behörden des Schumanplans ins Leben zu rufen. Außerdem sollen sie sich mit den neuen französischen Plänen über eine europäische gesetzgebende Versammlung beschäftigen, die Europa auch auf politischem Gebiet vereinen soll.

Über die Pläne zur Besetzung der leitenden Posten der Schumanplan-Behörden verläutet in französischen politischen Kreisen, daß als Vorsitzender der „Hohen Behörde“ der französische Wirtschaftssachverständige und ehemalige Minister Jean Monnet vorgeschlagen wird, der an den Vorarbeiten zum Schumanplan maßgebenden Anteil hatte. Als Vorsitzender des Obersten Gerichtshofes der Schumanplan-Behörde sollen von französischer Seite der ehemalige Finanzminister René Mayer und Staatsrat Maurice Lagrange vorgeschlagen werden.

Die Bundesregierung hat gebeten, den Termin der Außenministerkonferenz auf einen späteren Termin zu verschieben, da am 9. Juli die Bundestagsdebatte über das Vertragswerk stattfindet. Bei dieser Debatte ist die Anwesenheit des Bundeskanzlers und Außenministers Adenauer, so wird betont, dringend erforderlich.

Nicht an Juden, sondern an Araber

Großmufti beansprucht Wiedergutmachung

Kairo (UP). Haï Amin al Hussein, der Großmufti von Jerusalem, richtete Botschaften an Bundeskanzler Adenauer und UN-Generalsekretär Trygve Lie, in denen er das Recht der palästinensischen Araber auf alle Kompensationszahlungen feststellt, die Deutschland jemals an die Juden zahlen sollte. In den Botschaften heißt es, die Juden, die heute von Deutschland Kompensationszahlungen verlangen, hätten selbst Akte brutalster Aggression und unmenschlicher Verfolgung gegen die palästinensischen Araber vorgenommen. Deshalb müßten die Araber entschädigt werden.

Der Großmufti stellt dann weiter fest, daß Israel bisher die UN-Resolution nicht befolgt habe, in der das Land angehalten wurde, die palästinensischen Araber, die ihre Heimat und ihren Besitz verloren, zu entschädigen. Auch hätten die Juden deutsches Eigentum in Palästina beschlagnahmt. Schließlich sprach der Großmufti die Hoffnung aus, daß die traditionelle Freundschaft zwischen den Deutschen und den Arabern wieder aufleben werde.

Kompromiß über Antwort an Moskau

Außenministerkonferenz beendet — Französische Bedenken gegen Fernostpolitik der USA

London (UP). Die Außenminister der USA, Frankreichs und Großbritanniens haben am Freitag nach über sechstägiger Konferenz einen Kompromiß über die Antwort der Westmächte auf die letzte Deutschlandnote der Sowjetunion geschlossen. Der Entwurf der Note wird nunmehr von einem Fachausschuss endgültig formuliert.

Konferenzteilnehmer gaben zu verstehen, daß die Antwort nicht vor Ende nächster Woche abgesandt werde. Bundeskanzler Adenauer werde über den Entwurf unterrichtet. Es handle sich um eine Kompromißlösung zwischen den verschiedenen Auffassungen der drei Staaten. Der Westen werde sich zu einer Viermächtekonferenz mit der Sowjetunion unter der Voraussetzung bereiterklären, daß Moskau „einige Anzeichen“ gibt, die für einen Erfolg einer solchen Konferenz sprechen. Im positiven Falle solle sich die Viermächtekonferenz nach dem Vorschlag der Westmächte zuerst mit der Zusammenfassung und Arbeitsweise der in Aussicht genommenen unparteilichen Kommission zur Prüfung der Wahlvoraussetzungen in ganz Deutschland befassen. Die Viermächtekonferenz soll nicht von den Außenministern, sondern von Diplomaten weniger hohen Ranges bestritten werden.

Gegen Ende der Konferenz wandten sich die Außenminister der Lage im Fernen Osten zu. Der französische Außenminister Schuman hat bei dieser Gelegenheit die Bombardierung der Kraftwerke in Nordkorea zur Sprache gebracht und die Bedenken Frankreichs über die mangelnde Zusammenarbeit zwischen den Westmächten in Ostasien dargelegt, worauf sich, wie ein Konferenzteilnehmer berichtet, eine „wertvolle Diskussion“ zwischen den Konferenzteilnehmern entsponnen habe. Über die Methode der Konsultation in Angelegenheiten Südostasiens sei keine endgültige Einigung erzielt worden.

Das zum Abschluß der Dreimächtekonferenz veröffentlichte amtliche Kommuniqué lautet: „Der amerikanische Außenminister Dean Acheson, der französische Außenminister Robert Schuman und der britische Außenminister Anthony Eden trafen heute im Foreign Office zusammen. Später nahm der französische Minister für die assoziierten Staaten in Indochina, Jean Letourneau, an der Konferenz teil. Ihre Besprechungen bezogen sich auf eine Reihe europäischer, ko-

realistischer und sudostasianischer Fragen. Auch wurde die Entwicklung seit der letzten Pariser Außenministerkonferenz im Mai besprochen. Die Außenminister sind über die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit in Korea und Südostasien übereingekommen und besprachen die Möglichkeiten ihrer Verwirklichung. Die Außenminister erwogen ferner den Entwurf der Antwortnote an die Sowjetunion, die von dem Arbeitsausschuss in Washington entworfen wurde. Sie sind sich über den Grundinhalt der Antwort einig. Der Note wird jetzt ihre endgültige Form gegeben.“

Die Außenminister haben ihre Konferenzen damit offiziell beendet. Sie werden am Samstag getrennt mit ihren Besprechungen fortfahren. Der dänische Außenminister Ole Bjoern Krist ist auf dem Luftwege in London eingetroffen, wo er am Samstag mit Acheson und Eden zusammentreffen wird. Alle Beamten bewahren strengstes Stillschweigen über die Reise des dänischen Außenministers, die auf die Initiative Krafts selber zurückgehen soll.

Es wird angenommen, daß Kraft die Frage der Luftstützpunkte im Rahmen der nordatlantischen Verteidigung besprechen wird. Wahrscheinlich werden bei den Unterredungen auch noch andere wichtige Punkte, darunter die steigende Spannung im Ostseeraum behandelt werden.

Blücher für Viermächte-Verhandlungen

Berlin (UP). Vizekanzler Blücher sprach sich in Berlin für Viermächte-Verhandlungen über Deutschland aus. „Wenn dafür echte Möglichkeiten bestehen“, Blücher sagte in einer FDP-Versammlung vor etwa 1000 Berlinern: „Ich bekenne mich dazu, daß, wenn die Möglichkeit zu echten Viermächte-Verhandlungen besteht, diese Möglichkeit benutzt werden muß. Derjenige begibt sich ein Verbrechen an der Menschheit, der Viermächte-Verhandlungen etwa nur als Mittel des Kalten Krieges, als Mittel eines monatlichen Nervenverbrauchs fordern sollte“. Jeder ernste Wille zu ehrlichen Gesprächen müsse jedoch anerkannt und ausgenutzt werden. Der Wille „der anderen Seite“ müsse auf jedem Wege erforscht werden. Das deutsche Streben nach Einheit dürfe die Welt nicht gleichgültig lassen. „Solange der gegenwärtige Zustand der Spaltung Deutschlands andauert“, meinte der Vizekanzler, „lebt die ganze Welt auf einem Pulverfaß.“

Besprechung DGB-Koalition beginnt

Möglichkeiten eines Kompromisses — Schwerbeschädigte werden vorstellig

Bonn (UP). Die vom Bundeskanzler und dem DGB-Vorsitzenden vereinbarten Besprechungen zwischen Bundestagsabgeordneten der Regierungsparteien und DGB-Vertretern über das Betriebsverfassungsgesetz beginnen am Montag in Düsseldorf. In Kreisen der Koalition hofft man, in diesen Verhandlungen einen Kompromiß erreichen zu können. Es wird z. B. für möglich gehalten, daß eine Forderung des DGB erfüllt werden könnte, nämlich die Regelung des Mitbestimmungsrechtes der im öffentlichen Dienst stehenden Arbeitnehmer in das allgemeine Betriebsverfassungsgesetz aufzunehmen. Bisher hätten die Regierungsparteien auf einem besonderen Personalvertretungsgesetz für den öffentlichen Dienst bestanden. Man sei in der CDU bereit, in dem Gesetz festzulegen, daß „mindestens ein Drittel“ der Aufsichtsratsmitglieder von den Arbeitnehmern gestellt werden soll. Die größten Schwierigkeiten dürften sich jedoch bei der Behandlung der Frage ergeben, ob die Arbeitnehmer-Vertreter im Aufsichtsrat aus dem Betrieb kommen müssen oder ob sie von den Gewerkschaften delegiert werden können.

Die Bundestagsfraktion der Deutschen Partei hat beschlossen, zu den Besprechungen in Düsseldorf keinen Vertreter zu entsenden, weil „die Streikdrohungen des DGB auch nach dem Zustandekommen der vom Bundeskanzler angeregten Kommission nicht zurückgenommen wurden, sondern im Gegenteil der erste Vorsitzende der IG Chemie, Papier und Keramik, Gefeller, ausdrücklich erklärt hat, daß mit dem Kanzler geschlossene Burgfriede werde nicht von unbegrenzter Dauer sein“.

Die DP-Fraktion betont, daß sie für ein innerbetriebliches Mitbestimmungsrecht eintrete. Sie halte es aber für unmöglich, „den sich ständig steigenden monopolartigen Ansprüchen der Einheitsgewerkschaft, die in ihrer neuesten Fassung sogar gegen das Grundgesetz verstoßen, immer wieder sachlich nicht gerechtfertigte Konzessionen“ zu machen. Die Bundestagsfraktion der DP werde sich dafür einsetzen, daß alle Gewerkschaften bei den Beratungen der Ausschüsse des Parlaments über das Betriebsverfassungsgesetz gehört werden.

Nur 29,9 Prozent aller „gewerkschaftsfähigen Personen“ im Bundesgebiet und in Westberlin seien Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes, gab das Deutsche Industrieinstitut in Köln bekannt. Das Deutsche Industrieinstitut wendet sich damit gegen den Anspruch des DGB, die deutsche Arbeiter-

schaft „schlechthin zu vertreten und besonders in ihrem Namen die Gespräche über das Betriebsverfassungsgesetz zu führen“.

Dem Industrieinstitut zufolge ergibt sich die prozentuale Mitgliedschaft des DGB von 29,9 Prozent am 31. März aus 15 342 500 beschäftigten und 1 847 600 arbeitslosen Arbeitnehmern im Bundesgebiet und in Westberlin. Hierzu kämen 2 822 900 Rentner im Bundesgebiet. Insgesamt ergäbe das 20 013 000 „gewerkschaftsfähige Personen“ gegenüber der vom DGB selbst angegebenen Mitgliederzahl von 5 990 000.

In einer ersten öffentlichen Informationssitzung hörte der Bundestagsausschuss für Kriegsopter- und Kriegsgefangenenfragen die Vertreter der Versichertenverbände zu dem Entwurf des Schwerbeschädigtengesetzes. Der Ausschussvorsitzende bezeichnete es als das Ziel der Beratungen, den Schwerbeschädigten das Recht auf Arbeit zuzusichern. Der Hauptgeschäftsführer des VDK, Max Wuttke, betonte die ablehnende Haltung seines Verbandes gegenüber dem Entwurf. Im Mittelpunkt des Gesetzes müsse die Arbeitsförderung stehen. Mit einer „kalten Arbeitsvermittlung“ sei den Beschädigten nicht geholfen. Wuttke appellierte unter Hinweis auf die 60 000 arbeitslosen Schwerbeschädigten an die Behörden, den Privatfirmen bei Einstellung von Schwerbeschädigten mit gutem Beispiel voranzugehen. Ein Sprecher der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenförderung sagte den Beschädigten die volle Unterstützung seiner Anstalt zu.

Kongreß überstimmt Trumans Veto

Washington (UP). Der amerikanische Kongreß billigte mit Zweidrittelmehrheit nochmals das neue Einwanderungsgesetz (McCarren-Walter-Bill), gegen das Präsident Truman sein Veto eingelegt hatte. Nach der amerikanischen Verfassung kann der Präsident die Unterschrift unter jedes vom Kongreß gebilligte Gesetz verweigern und damit sein „Veto“ dagegen einlegen, wenn er mit dem Gesetz nicht einverstanden ist. Er muß die Unterschrift aber vollziehen, wenn beide Häuser des Kongresses das Gesetz dann nochmals mit Zweidrittelmehrheit billigen. Truman hat das neue Einwanderungsgesetz abgelehnt, weil es seiner Ansicht nach Bestimmungen enthält, die bestimmte Einwanderungsgruppen benachteiligen.

Querschnitt der Woche

Von Eduard Funk

Die Augen der ganzen Welt waren in diesen Tagen nach London gerichtet, wo die Außenminister Englands, der USA und Frankreichs fast alle aktuelle Fragen der Weltpolitik berieten. Zwar wurde von amtlicher Seite verkündet, man habe keinerlei bindende Beschlüsse gefaßt, sondern nur in gründlichem Meinungsaustausch die Situation geklärt und in manchen Fällen divergierender Auffassungen eine Annäherung der Standpunkte erzielt. Diese Version mag in gewisser Hinsicht auch zutreffend sein, denn etwa in Ostasien oder im weitgegliederten Bereich des Orients, dessen Spannungsfeld vom Iran bis nach Marokko reicht, dürfte es äußerst schwierig sein, die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Westmächte auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Anders jedoch liegen die Dinge in Europa, wo die Konzeption der Westalliierten unter allen Umständen gleichgeschaltet werden muß, wenn nicht ernste Gefahren — für sie in ähnlicher Weise wie für uns — aus irgendwelchen Diskrepanzen erwachsen sollen.

Wenn wir dem Verhandlungsverlauf der Londoner Konferenzen folgen wollen, dann steht am Beginn der weltpolitischen Übersicht das koreanische Problem, das unvermittelt in ein kritisches Stadium getreten ist. Der fruchtlosen Konferenzen in Pan Mun Jon müde hat General Clark die für Nordkorea und die Mandschurie eminent wichtigen Kraftwerke am Grenzfluß Jalu zerstören lassen. Er wollte damit den Roten unweifelhaft demonstrieren, daß er durchaus Mittel besitzt, ihre Versorgungszentren zu zerstören, wenn sie der Meinung sein sollten, die Geduld der Alliierten endlos strapazieren zu können, indem sie von ihnen tagtäglich als Bedingung eines Waffenstillstandes fordern, auch jene Gefangenen auszuliefern, die sich weigern, freiwillig nach Nordkorea zurückzukehren.

Im Lager der Alliierten wird man auf dieses Ansinnen niemals eingehen können, aber es entwickelte sich in ihm nun doch ein Disput über die Zweckmäßigkeit des unerwarteten Vorgehens des Generals Clark. In London und Paris schälte sich aus der ersten Überraschung die bange Frage, ob dieser Schlag gegen die Jalu-Kraftwerke nicht Weltkrusen in Form einer chinesischen Intervention nach sich ziehen könnte. Da dies jedoch unwahrscheinlich ist, wird man die von englischer und französischer Seite vorgetragenen Bedenken eher als taktischen Schachzug interpretieren dürfen, um in Korea eine Art „Mitbestimmung“ zu erreichen. Die Amerikaner haben darauf schon prompt reagiert und sich damit einverstanden erklärt, daß ein Engländer zum Stellvertreter Clarks ernannt wird.

Weniger konfliktuell war Acheson jedoch gegenüber der Forderung Frankreichs, seinen Kampf in Indochina stärker zu unterstützen. Die für Ostasien bestimmte Summe der amerikanischen Hilfeleistungen liegt zahlenmäßig fest. Größere Zuwendungen für Indochina müßten also an den Lieferungen für Korea, Japan, Formosa und die Philippinen abgezogen werden, wobei sich die Frage erhebt, ob eine Stärkung der Franzosen zu Lasten der übrigen Gebiete des amerikanischen Verteidigungsbereichs ratsam ist. Und schließlich stand Acheson, der sich trotzdem die Zusicherung von Krediten und einiger Schiffsloadungen mit kriegswichtigem Material abringen ließ, das Argument zur Verfügung, daß es nicht Aufgabe der USA sei, für offenkundige Fehldispositionen und politische Irrtümer ihrer Alliierten zu bezahlen.

Diesen Vorwurf bekam auch Eden zu hören, als er die Lage im Iran und in Ägypten im Querschnitt der von den Amerikanern entworfene Plan zur Koordinierung der Verteidigungskraft des Westens durch Schaffung eines Nahost-Kommandos läuft nämlich ernste Gefahr, am Nationalismus der islamischen Welt und an sowjetischen Gegenaktionen zu scheitern, wenn es nicht bald gelingen sollte, wenigstens mit dem stärksten Land dieses Raumes, Ägypten, zu einem Interessenausgleich zu gelangen, die um die Person des angeblich geisteskranken Königs Faisal entstandenen Spannungen zwischen Jordanien, Irak und Syrien zu bereinigen und mit der Türkei klare Verhältnisse zu schaffen. Schließlich aber ließ es Acheson auch nicht an ernststen Mahnungen für Schuman fehlen, endlich in Marokko und Tunis unter Verzicht auf überholten Kolonialismus eine vernünftige Regelung der Dinge zu konzipieren.

Während wir Deutsche bei allen diesen Entwicklungen nur passive Zuschauer sind, betraf uns um so mehr der letzte große Komplex der Londoner Konferenz, in dessen Mittelpunkt Deutschland stand. Um dieses Kernproblem der gegenwärtigen europäischen Politik kreisen nicht nur so wichtige Fragen wie die des Zusammenspiels zwischen Nordatlantikkpakt und Europäischer Verteidigungsgemeinschaft, die französische Forderung nach amerikanischen Garantien, die künftigen Waren-, Kriegsmaterial- und Geldzuwendungen der USA, sondern vor allem die praktische Verwirklichung der deutsch-alliierten Verträge, die ihrerseits wiederum mit der Entscheidung über eine etwaige Deutschland-Konferenz mit den Russen zusammenhängt.

Unter allen diesen miteinander korrespondierenden Fragen erscheint uns die zuletzt erwähnte als die wichtigste. Acheson hat sich

Kommt es zum Verbot der SRP?

Dienstag Verhandlung vor dem Verfassungsgericht - SRP beanstandet dessen Zusammensetzung

nach langem Zögern dazu bereit gefunden, den Versuch einer Vierer-Konferenz zu wagen, wenn die Sowjets in ein fest umrissenes Programm einwilligen und sich zuvor klipp und klar darüber äußern, ob sie freie Wahlen garantieren wollen und wie sie sich die Kompetenzen einer gesamtdeutschen Regierung vorstellen.

Die Klärung dieser elementaren Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung Deutschlands sollte in der Tat nicht länger mehr verzögert werden. Denn von ihrem Ergebnis wird es abhängen, ob die parlamentarischen Gremien Bonn es verantworten können, die Zukunft der Bundesrepublik für Jahrzehnte an das Schicksal des Westens zu knüpfen. Das entscheidende Wort steht also nun beim Kreml, der die Ziele seiner europäischen Politik enthüllen muß, indem er zweifelnd darlegt, ob er einer Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit zustimmt, wie er sich den künftigen Status der von ihm und seinen Satelliten besetzten deutschen Gebiete vorstellt und welchen Preis er für eine friedliche Verständigung unter Verzicht auf seine Expansionsbestrebungen von uns und den Westmächten zu fordern gedenkt. Erst dann wird man sich darüber schlüssig werden können, ob der Preis wie die Bedingungen Moskau ehrlich und akzeptabel sind.

Berüchtigt der deutsch-alliierten Verträge ist inzwischen in Bonn eine Entscheidung über die Debatte-Termine gefallen. Ihre erste Lesung im Bundestag findet am 9. und 10. Juli, die zweite Lesung Anfang September statt. Ob bis dahin das vom Bundespräsidenten angeforderte Gutachten des Bundesverfassungsgerichts und dessen Urteil über die Feststellungsklage der SPD vorliegen wird, erscheint jedoch zweifelhaft, denn die Verfassungsrichter benötigen für eine so ungeheuer wichtige Stellungnahme lange Zeit des Prüfens und Erwägens.

Um so interessanter ist in diesem Zusammenhang eine Information, die uns aus Karlsruhe zugeht. Danach sollen mehrere Verfassungsrichter der Ansicht sein, daß eine Ratifizierung der Verträge durch Bundestag und Bundesrat auch dann völkerrechtlich verpflichtend sei, wenn in Karlsruhe deren Unvereinbarkeit mit der Verfassung festgestellt würde. Der im Verteidigungsvertrag vorgesehene Internationale Gerichtshof könne durchaus eine Entscheidung des deutschen Bundesverfassungsgerichts aufheben. Da andererseits der Bundespräsident bei seiner Entscheidung über die vom Bundestag beanspruchte Zustimmungspflichtigkeit der Verträge nicht an das Gutachten des Bundesverfassungsgerichts gebunden ist, befinden wir uns nunmehr in einer juristisch und politisch erst recht kompliziert gewordenen Situation.

Explosion in einem Stickstoffwerk

Wanne-Eickel (UP). Im Stickstoffwerk Wanne-Eickel der „Hibernia Bergwerks-AG.“ Herne ist es zu einer Explosion gekommen, die einen Toten und sechs Verletzte gefordert hat. Die Explosion ereignete sich in einem Koks-Zerleger infolge Ausströmen von Wasserstoff. Der Fahrer des Zerlegungsapparates kam dabei ums Leben. Sechs Arbeiter, die sich in der Unglücksstelle befanden, wurden leicht verletzt und konnten nach Anlegen von Verbänden aus der ärztlichen Behandlung entlassen werden. Durch die Wucht der Explosion wurde ein Teil des Maschinenhauses, in dem sich die Zerlegungsanlage befand, herausgerissen.

Acht Verschnittene tot geborgen

Düsseldorf (UP). Nach über 60stündigen Bergungsarbeiten ist der letzte von acht am Dienstag auf der Schachtanlage „Friedrich-Heinrich“ in Kamp-Lintfort verschütteten Bergleute geborgen worden. Tag und Nacht waren die Bergungsarbeiten ununterbrochen an der Arbeit, um ihre in Not befindlichen Kameraden zu retten. Das Unglück ereignete sich knapp 24 Stunden nach der Beisetzung der Toten von „Adolf von Hanemann“, einer Dortmund-Mengeder Schachtanlage, wo eine Schlagwetterexplosion am 19. Juni fünf Tote und insgesamt 25 zum Teil schwerverletzte Bergleute gefordert hatte. Bereits im Januar dieses Jahres waren auf einer Gelsenkirchener Schachtanlage eine Anzahl Bergleute durch einen Streibbruch verschüttet worden. Damals war es jedoch gelungen, die 12 Eingeschlossenen nach rund 27stündiger Bergungsarbeit lebend zu retten.



Aus diesen Kriegsgefangenenlagern in der UdSSR trifft noch Post ein. Nach einer Mitteilung des Leiters des Evangelischen Hilfswerkes für Internierte und Kriegsgefangene, Bischof Heckel (Erlangen), stehen noch 14 500 in der Sowjetunion zurückgehaltene Deutsche mit ihren Angehörigen in Briefwechsel. Diese Internierten und Kriegsgefangenen sind in 14 Haupt- und 8 Nebenlagern untergebracht, deren Lage unsere Karte zeigt.

Karlsruhe (ZSH). Die Sozialistische Reichspartei wird am Dienstag, den 1. Juli, vor den Schranken des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe um ihre Existenz kämpfen müssen. Der Erste Senat unter dem Vorsitz von Präsident Höpker-Aschoff wird an diesem Tage über den Antrag des Bundesinnenministers verhandeln, die Verfassungswidrigkeit der SRP festzustellen. Schließt sich das Gericht der Auffassung der Bundesregierung an, dann gewinnt Bonn freie Hand für entsprechende Verbotsmaßnahmen gegen die SRP.

Die Bundesregierung wird in diesem ersten Verbotsprozess gegen eine politische Partei der Nachkriegszeit vorrausichtlich durch Staatssekretär Ritter von Lex vertreten. Ihr juristischer Prozessbevollmächtigter ist der Frankfurter Rechtsanwalt Horst Peickmann, der wiederholt in politischen Prozessen als Verteidiger hervorgetreten ist. Die Sozialistische Reichspartei wird sich durch Justizrat Dr. Erwin Noack aus Kiel vertreten lassen, der als Verteidiger Otto Ernst Remers im Braunschweiger Prozess vor sich reden machte.

Die Klage der Bundesregierung gegen die SRP wurde im November vorigen Jahres — übrigens zusammen mit einer ähnlichen Klage gegen die KPD — erhoben; sie stützt sich auf Artikel 21 des Grundgesetzes, in dem es heißt: „Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.“ Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht. Die Bundesregierung wirft der Sozialisti-

schen Reichspartei u. a. vor, daß sie sich nach ihrer Organisation, ihrem Programm, ihrer Propaganda und ihrem Verhalten als „eine Nachfolgeorganisation der NSDAP“ erwiesen habe. Einer ihrer Hauptredner soll ausdrücklich erklärt haben, die SRP habe „die gleiche Blutgruppe wie die NSDAP“. Es wird ferner auf die von der SRP vertretene These verwiesen, daß die Bundesrepublik keine staatsrechtliche Grundlage habe und die nach Hitlers Tod gebildete Regierung Dönitz noch immer die legale deutsche Regierung sei. Im Zusammenhang mit den Ereignissen des 20. Juli 1944 habe die Partei eine neue Dolchstoßlegende erfunden und verbreitet.

Die Sozialistische Reichspartei glaubt, die Behauptung der Bundesregierung widerlegen zu können, daß die SRP verfassungswidrig sei und die Nachfolgepartei der NSDAP angetreten habe. Ihrer am 3. Januar eingereichten 14seitigen Verteidigungsschrift waren drei Hefte beigelegt, in denen u. a. durch die wörtliche Wiedergabe beanstandeter Reden — nach Ansicht der SRP-Bundesleitung — gewisse Vorwürfe der Bundesregierung entkräftet werden.

Außerdem will die SRP die Rechtmäßigkeit der gegenwärtigen Zusammensetzung des Bundesverfassungsgerichts anfechten, wobei ihr als Begründung die noch nicht vollzogene Nachwahl eines der zwölf Richter des Ersten Senats diene. Das Gesetz über das Bundesverfassungsgericht schreibt die Nachwahl eines ausscheidenden Richters innerhalb von vier Wochen vor. Seit dem Ausscheiden des Bundesrichters Claus Looser im Januar dieses Jahres sind aber bereits fünf Monate vergangen, ohne daß eine Nachwahl erfolgte.

30 Millionen DM für Flüchtlinge

Über 72 000 Personen kamen seit Januar aus der Ostzone

Bonn (UP). Um die durch die sowjetischen Sperremaßnahmen entlang der Zonengrenze entstandenen besonderen Notstände zu mildern, hat die Bundesregierung 30 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Beauftragte des Bundesinnenministers werden in Kürze an die Zonengrenze fahren und dort nach Maßgabe der Dringlichkeit die Gelder bewilligen. Diese 30 Millionen DM sollen vor allem für die Beschaffung von Unterkünften und Wohnungen für die Flüchtlinge verwendet werden. Ferner sollen aus dem über 200 Millionen DM verfügbaren Arbeitsbeschaffungsprogramm sofort Mittel flüssig gemacht werden, um die Flüchtlinge in Arbeit zu bringen.

Bundesflüchtlingsminister Laikaschek berichtete, daß im Juni 15 000 bis 16 000 Menschen aus der Ostzone in das Bundesgebiet geflüchtet seien, während ihre Zahl von Januar bis Mai insgesamt rund 37 000 betrug. Sie seien zum großen Teil völlig ohne Gepäck gekommen. Die Bundesregierung habe den Leitern der Durchgangslager in Gießen, Ulzen und Berlin je 10 000 DM überwiesen, damit sie den Flüchtlingen ein erstes Taschengeld geben könnten. Je ein weiteres Aufnahmehaus für Flüchtlinge soll in Westfalen und Nordrhein-Westfalen eingerichtet werden. Minister Kalser befürwortete den Appell des Bundeskanzlers an die Alliierten, die Zonengrenze zu schützen. Es gehe darum, Blutvergießen zwischen Deutschen diesseits und jenseits der Grenze unter allen Umständen zu vermeiden. Bei einer starken Sicherung würde die Volkspolizei vor Übergriffen zurückschrecken. Innenminister Lehr fügte hinzu, daß der Bundesgrenzschutz genaue Anweisungen von Bonn erhalten habe, was er bei leichten und bei schweren Übergriffen der sowjetischen Behörden an der Zonengrenze zu tun habe.

Bewachen Tschechen die Zonengrenze?

Agenten mit hochexplosiven Füllhaltern. Hannover (UP). Nach Berichten aus verschiedenen Quellen sollen Einheiten der tschechischen Volkspolizei den Wachdienst der ostzonalen Volkspolizei an der Zonengrenze übernehmen, während die Einheiten der deutschen Volkspolizei kaserniert und in die „National-Armee“ der Ostzone eingegliedert werden, deren Aufstellung kürzlich angekün-

digt wurde. Flüchtlinge aus der Ostzone berichteten, an der Zonengrenze seien bereits tschechische Volkspolizisten eingetroffen. Die tschechischen Einheiten sollen dem Vernehmen nach die Aufgabe haben, rückwärtslos gegen illegale Grenzgänger vorzugehen.

Das kommunistische „Neue Deutschland“ meldet die Verhaftung von „drei gefährlichen Agenten des USA-Spionagedienstes“, die in einem Koffer „hochexplosive Füllfedern“ sowie mehrere Brandampullen mit sich geführt hätten. Bereits am Mittwoch war von der sowjetischen „Täglichen Rundschau“ behauptet worden, „westliche Agenten“ hätten einen mit Sprengstoff gefüllten Dreibleistift in eine Ostberliner Schule geschmuggelt, bei dessen Explosion ein Schulkind schwer verletzt worden sei. Die Agenten seien verhaftet und „unschädlich“ gemacht worden.

Stuttgarter Gelder für Ohrenstein

München (UP). Im Auerbach-Prozess erklärte der Prokurist der Münchener Bank Sella & Co. Auerbach habe ihm am 27. Dezember 1950 gesagt, daß demnächst einige 100 000 DM von Württemberg für die Einlösung der Haftentschädigungsbescheide der 111 DP's aus dem Lager Wildflecken der Sella-Bank überwiesen werden. Dieses Geld sei sofort an Dr. Aaron Ohrenstein weiterzuleiten, der es zur Abdeckung von Schulden benötige. Wer die Gläubiger waren, sei nicht bekannt geworden.

Recht für uneheliche Besatzungskinder

„Besatzungsväter“ können verklagt werden. Bonn (UP). Die Mütter von 50 000 unehelichen Kindern von amerikanischen Besatzungsvätern können nach einem neuen US-Gesetz jetzt vor deutschen Gerichten auf die Feststellung der Vaterschaft klagen. Das neue amerikanische Gesetz erlaubt den Müttern, noch vor dem Inkrafttreten der deutsch-alliierten Verträge die Vaterschaft eines amerikanischen Besatzungssoldaten vor einem deutschen Gericht feststellen zu lassen. Klagen auf Unterhaltszahlung können allerdings erst nach dem Inkrafttreten des Deutschlandvertrags vorgebracht werden. Bisher konnten die deutschen Mütter von unehelichen Kindern aus einer Verbindung mit US-Besatzungssoldaten vor keinem Gericht ihre Ansprüche geltend machen. Voraussetzung für die Feststellungsklage ist allerdings, daß der zuständige Kommandeur des Soldaten seine Einwilligung für ein Verfahren vor einem deutschen Gericht gibt. Auch norwegische „Besatzungsväter“ können verklagt werden.

Die deutschen Mütter der rund 40 000 unehelichen Kinder von britischen Besatzungsangehörigen oder der Kinder von etwa 3000 französischen Soldaten können solche Klagen noch nicht vorbringen. Unter den 50 000 unehelichen Kindern amerikanischer Besatzungssoldaten befinden sich annähernd 3000 Mischlinge, deren Väter Farbige sind.

Gasturbinenwagen schafft 245 „Sachen“

Erste Geschwindigkeitsprüfungen — Eine fast geräuschlose Fahrt. Ostende (UP). Die britische Automobil- und Flugmotoren-Fabrik Rover unterzog ihren Versuchswagen mit Gasturbinenantrieb einer ersten Geschwindigkeitsprüfung auf der Autostraße bei Ostende. Der Wagen erreichte im Mittel aus verschiedenen Messungen eine Geschwindigkeit von 245 Kilometern in der Stunde. Gemessen wurde über den fliegenden Kilometer. Den Kilometer mit stehendem Start legte der Wagen mit einer Geschwindigkeit von 125 Kilometern in der Stunde zurück.

Die Vertreter der Rover-Werke gaben anlässlich der bei Ostende stattfindenden Probe-fahrten bekannt, daß aus dieser Prüfung keinerlei Schlüsse auf eine baldige Serienproduktion des Turbinenwagens gezogen werden sollten. Die Versuche seien nur anstellt

worden, um weitere Erfahrungen mit dem Wagen zu gewinnen.

Der Turbinenwagen unterscheidet sich äußerlich nur wenig von den gebräuchlichen Rover-Wagen. Er hat ein normales Rover-Fahrgestell, das eine dreisitzige offene Sportkarosserie trägt, in deren geräumigem „Gepäckraum“ die Gasturbine untergebracht ist. Nach Mitteilung der die Versuche leitenden Ingenieure von Rover läuft der Wagen bei den augenblicklichen Versuchen ohne den vor kurzem entwickelten Wärmeaustauscher, der einen wesentlich geringeren Brennstoffverbrauch gewährleisten soll. Als Brennstoff wird Rohöl verwendet.

Augenzeugen der Versuchsfahrten berichten, daß der Turbinenwagen seinen Weg mit erstaunlicher Geräuschlosigkeit zurücklegt. Aus 100 Meter Entfernung mache es den Eindruck als fahre der Rover geräuschlos vorbei. Aus geringer Entfernung ist nur ein helles Summen zu hören.

Schiffsbrand infolge Funkenflugs

Cuxhaven (UP). Das deutsche Motorschiff „Maria Schulte“ einer Emdener Reederei geriet vor Brunsbüttel in Brand. Das 760 BRT große Motorschiff war erst vor einigen Monaten in Dienst gestellt worden. Nach Mitteilung der Signalstelle Brunsbüttel soll der Brand durch Überspringen eines Funkens von der Lichtmaschine in die Öl-Peilleitung entstanden sein. Bergungsschlepper „Goloth“ nahm von See gemeinsam mit Feuerwehren von Land aus die Löscharbeiten auf. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, ist das Schiff ausgebrannt. Die Besatzung konnte rechtzeitig gerettet werden.

Drees mit Kabinettsneubildung betraut

Den Haag (UP). Königin Juliana der Niederlande hat den bisherigen Ministerpräsidenten Willem Drees, der der Arbeiterpartei angehört, mit der Neubildung des Kabinetts betraut. Drees hat um Bedenkzeit gebeten. Die Königin empfing vorher die Fraktionsführer der sechs stärksten politischen Parteien Hollands, einschließlich der Kommunisten, um sich über die politische Lage unterrichten zu lassen, die durch die am Mittwoch abgehaltenen Parlamentswahlen geschaffen wurde.

Für 100 Kronen Spionage betrieben

Stockholm (UP). Das dritte Mitglied des in Schweden angeklagten Spionagerings für die Sowjetunion hat sich im Sinne der Anklage schuldig bekannt. Der ehemalige Unteroffizier der schwedischen Armee und Journalist Hugo Gjerwold gestand, daß er den Sowjets Einzelheiten der Landesverteidigung im Norden des Landes verraten habe. Für seine Dienste, die er dem Spionagering geleistet hat, sollten ihm Jahresbezüge von 50 000 Kronen zufließen. Von dieser Summe habe er jedoch nur etwa 100 Kronen erhalten.

Leclerc posthum zum Marschall ernannt

Paris (UP). Die französische Nationalversammlung billigte einstimmig ein Gesetz, durch welches General Philippe Leclerc de Hauteclocque posthum zum Marschall von Frankreich ernannt wird. General Leclerc war im zweiten Weltkrieg Kommandeur der 2. Panzerdivision der freien französischen Streitkräfte, die 1943 mit den britischen und amerikanischen Truppen in Deutschland einrückte. Bei einem Flugzeugabsturz im Jahre 1947 kam General Leclerc im Alter von 45 Jahren ums Leben.

Verbesserung der Luftverteidigung

Paris (UP). Der Kommandeur der US-Luftstreitkräfte in Europa, Generalleutnant Norstad, berichtete dem Atlantikpakt-Oberkommandierenden General Ridgway über die abgelaufenen Luftmanöver über Westeuropa. Nach dem Bericht Norstads ist eine wesentliche Verbesserung der Luftverteidigung Westeuropas festzustellen. Trotzdem hätten jedoch die angreifenden „roten“ Luftstreitkräfte eine höhere „Abschubzahl“ erreicht als die Verteidiger. An den Manövern hatten Flugzeuge von sechs Nationen teilgenommen. Zum ersten Mal in der Manövergeschichte Europas ist dabei auch der Abwurf einer Atombombe dargestellt worden.



Der Petersberg wird geräumt

Der Stab des Rates der Hochkommission räumte das Hotel Petersberg im Siebenengebirge, das seit 1949 als Symbol des Besatzungsregimes galt. Bis zu seiner endgültigen Auflösung wird der Stab im Gebäude der amerikanischen Oberkommission in Meßdem untergebracht. Unser Bild zeigt das Niederholen der Flaggen auf dem Gebäude des Petersberges.

Malgu Naa, der weiße Negerhüptling

Mr. Shirer will nicht mehr aus dem Urwald in die Zivilisation zurück

Washington (UP). Malgu Naa ist ein Negerhüptling im Stamme der Dagomba an der afrikanischen Goldküste. Doch Malgu Naa hat eine weiße Hautfarbe und ist von Geburt Amerikaner. Sein bürgerlicher Name ist William Lloyd Shirer.

Vor 20 Jahren kam der heute 49-jährige als Missionar und Schriftsteller zusammen mit seiner Frau zu den Dagombas. Unermüdlich arbeitete der Weiße nach seiner Ankunft in Afrika für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Neger. Die Dagombas, ehemals Nomaden und kriegerisch herumstreifend, hatten sich allmählich sesshaft gemacht und betrieben eine primitive Landwirtschaft. Shirer half den Negern dabei, ihre Methoden zu verbessern, und kämpfte für gesündere Lebensverhältnisse. Bis zu einem gewissen Grade gelang es ihm auch, den Schwarzen einen Begriff von Demokratie beizubringen. In Anerkennung seiner Verdienste trug ihm der König der Dagombas im Jahre 1930 die Hüptlingswürde an. Shirer nahm sie an.

Heute zieht den Augenblicklich auf einer Besuchsreise in den USA weilenden weißen Negerhüptling nichts mehr in die Zivilisation zurück. „Es mag Ihnen vielleicht ein wenig primitiv erscheinen“, sagte er einem Korrespondenten, „aber es ist in schönes Leben, das einem Befriedigung gibt.“ Shirer ist einer der engsten Berater König Ya Naas, der über den gesamten Stamm herrscht. Malgu Naa wird hochgeehrt, wenn er als Abgesandter des Königs in die Kräfte der Neger kommt. Was er anordnet, geschieht, ob es sich um einen Urteilspruch in einem lokalen Streit oder der Errichtung einer Schule handelt. Shirer ist glücklich über seine Hüptlingswürde, denn sie hilft ihm bei der Ausübung seiner Arbeit zum Wohle des unterentwickelten Negerstammes. Sachverständige erklärten, es gäbe außer Shirer höchstens noch einen oder zwei Weiße, die es jemals zu einer so hohen Auszeichnung unter den Negern gebracht haben.

Neue Luftangriffe gegen Kraftwerke

Verhandlungen in Pan Mon Jon wieder unterbrochen — Rhee hob Zensur auf

Seoul (UP). Über 150 amerikanische Jagdbomber griffen die Kraftwerke Chosen und Fusan mit Spreng- und Napalbomben sowie Raketen an und setzten damit die systematische Bombardierung der nordkoreanischen Energiezentren fort. Dieser Angriff war der dritte, der die Kraftwerke Nordkoreas innerhalb von vier Tagen traf.

Der UN-Oberkommandierende im Fernen Osten, General Mark Clark, erklärte, das Bombardement der Jalu-Kraftwerke stelle keine Änderung der Kriegspolitik in Korea dar. Die Bombardements seien „eine militärische Aktion, die auf eine militärische Entscheidung zurückgehen, welche wiederum ihre Grundlage in der festgelegten Kriegspolitik habe.“

Die Waffenstillstandsverhandlungen in Pan Mon Jon sind inzwischen auf Verlangen der UN-Delegation zum dritten Mal innerhalb des letzten Monats für drei Tage unterbrochen worden. Den Protesten der Kommunisten, die eine neue Sitzung am Samstag verlangten, schenkte die UN-Delegation keine Beachtung. Generalmajor Harrison, der Chef der UN-Delegation, sagte nach der Sitzung, der kommunistische Chefparlamentarier, General Nam Il, sei sehr aufgebricht gewesen. „Er konnte sich kaum noch beherrschen.“

Der südkoreanische Präsident Syngman Rhee gab bekannt, jegliche Zensur sei „mit sofortiger Wirkung abgeschafft“. Nur noch Angelegenheiten, welche die militärische Sicherheit des Landes berühren, sollen auch in Zukunft noch der Zensur unterliegen. Ebenso sind die Sendungen der „Stimme Amerikas“ nach wie vor verboten.

Die Erklärung Rhees ist so angeordnet worden, in ihr heißt es u. a.: „Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, daß in den letzten Wochen einige ausländische und koreanische Zeitungen benachteiligt oder zensiert worden seien. Solche Beschränkungen werden, falls sie wirklich existieren, mit sofortiger Wirkung abgeschafft. Korea ist eine freie demokratische Nation und erfreut sich als solche völliger Pressefreiheit.“

Bundespräsident Heuss weihte in Kiel das Haus „Weltclub“ ein, das jungen Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland als Heim für das letzte Studienjahr dienen soll.

Frankreichs Militärhaushalt wurde von der Nationalversammlung endgültig gebilligt, nachdem der Rat der Republik ihn bereits angenommen hatte. Der Militärhaushalt beläuft sich auf 1 400 Milliarden Francs (etwa 16 Milliarden Mark).

Zum neuen Präsidenten der „ILO“ (Internationalen Arbeitsorganisation) wurde der Vertreter Chiles, Fernando Cisternas Ortiz, anstelle des zurückgetretenen französischen Gewerkschaftsvertreters Léon Jouhaux, gewählt.

Jakob Malik übergibt am Montag den Vorsitz im Sicherheitsrat an den britischen Vertreter Sir Gladwin Jebb. Malik ist es nicht gelungen, die von der Sowjetunion gewünschten Punkte im Sicherheitsrat durchzubringen.

Die argentinischen Konsulate in Rotterdam und Brüssel sind „aus Gründen der Sparsamkeit“ geschlossen worden. Auch zahlreiche andere argentinische Auslandsvertretungen sollen aufgelöst werden.

Admiral Earl Mountbatten, der Kommandeur der britischen Mittelmeerflotte, feierte in einer Tischrede als Gast Marshall Titos die „enge Verbundenheit Großbritanniens und Jugoslawiens“.

König Talal von Jordanien traf von Lausanne kommend in Venedig ein. Der König will am Samstag nach Beirut weiterreisen.

300 000 Dollar für den Bau eines Gebäudes für die Botschaft der Bundesrepublik in Washington billigte der Rechtsausschuß des amerikanischen Senats.

Staatsbesuch der Regierung in Kehl

Maier: „Die gefährdetste Stadt des neuen Bundeslandes“

Kehl (sw). Ministerpräsident Dr. Maier stattete der badischen Grenzstadt Kehl einen Staatsbesuch ab. Dr. Maier war bei diesem ersten Staatsbesuch der vorläufigen Regierung des neuen Bundeslandes von Wirtschaftsminister Dr. Veit, Arbeitsminister Hohlwegler und dem Vertriebenminister Fiedler begleitet.

Bürgermeister Dr. Marcello, Landrät Bechtold und Landeskommisssar Schindele empfingen die Minister vor dem Landratsamt. Nach einer Rundfahrt der örtlichen Behörden und den Vertretern der örtlichen Behörden und den Landtagsabgeordneten des Kreises Kehl die dringlichen Probleme der Stadt und ihres Wiederaufbaus.

Ministerpräsident Dr. Maier betonte in einer Ansprache, die erste amtliche Reise der vorläufigen Regierung des neuen Bundeslandes gelte der gefährdetsten Stadt des Staatsgebietes, der Stadt Kehl, die das Kriegsschicksal am längsten habe auskosten müssen. Dr. Maier sprach den Wunsch aus, daß es gelingen möge, durch gegenseitige Verständigung alle Probleme, die sich aus der gemeinsamen Grenze zwischen Frankreich und dem neuen Bundesland ergeben, zu lösen.

Der Ministerpräsident erklärte, die Landesregierung sei nicht gekommen, um leere und stille Versprechungen zu machen. „Unser Grundsatz ist, verspricht nicht, was du nicht halten kannst, halte, was du verspricht.“ Die Regierung habe bei ihrer Arbeits- und Besichtigungsfahrt Gelegenheit gehabt, sich mit den Sorgen der Einwohner der Stadt Kehl

und ihrer Wirtschaft vertraut zu machen. Wirtschaft, Handel und Gewerbe, insbesondere auch das Handwerk in Kehl, bedürften einer besonderen Förderung.

Kehler Hafen wird gefördert

Als eine selbstverständliche Pflicht der Landesregierung bezeichnete es der Ministerpräsident, das von der früheren südbadischen Regierung im Kehler Hafen begonnene Aufbauprojekt fortzusetzen und möglichst bald zu beenden. Der landeseigene Kehler Hafen sei die wichtigste wirtschaftliche Grundlage der Stadt. Die infolge der strukturellen Änderung der Oberrheinschiffahrt notwendig gewordene Umstellung des Kehler Hafens von einem Umschlaghafen zu einem Industriehafen werde die Landesregierung weitgehend fördern. Sie werde sich auch dafür einsetzen, daß die Trick-Zellstoffabrik in Kehl wieder in Gang kommt und die gegenwärtig in Bonn geführten Verhandlungen über eine Fünf-Millionen-Behilfe des Bundes für Kehl erfolgreich abgeschlossen werden.

Als eine weitere Aufgabe der Landesregierung führte Maier an, spätestens bis zur Freigabe der letzten Teile der Stadt, die nach dem Washingtoner Abkommen bis Anfang April 1953 erfolgt sein müsse, die Frage der Requisitionsvergütungen sowie der Entschädigungen für verlorengegangenen Hausrat und gewerbliche Einrichtungen zu lösen. Dr. Maier versprach ferner, daß das Land für den Haushalt der Stadt Kehl einen festen Zuschuß gewähren werde.

Das Handwerk braucht Staatshilfe

Der Handwerkertag zur Regierungserklärung

Stuttgart (sw). Eine aktive und energische Handwerker-Schutzpolitik fordert der Würt.-Badische Handwerkertag in Stuttgart in einer an das Staatsministerium von Baden-Württemberg gerichteten Stellungnahme zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und zur Verfassung für das neue Bundesland. Dabei wird darauf hingewiesen, daß das Handwerk mit seinen 150 000 Betrieben und 400 000 Beschäftigten im neuen Bundesland durch die strukturellen Veränderungen der letzten Jahre in einen schweren Existenzkampf gedrängt worden ist. Der Handwerkertag bedauert, daß in der Regierungserklärung dem Handwerk — im Gegensatz zu anderen Wirtschaftszweigen — kaum Beachtung geschenkt worden sei. Die Großwirtschaft sei seit der Währungsreform weitgehend durch den Staat unterstützt worden. Sie habe sich soweit erholt, daß sie weit weniger als das mittelständische Gewerbe auf die Hilfe des Staates angewiesen sei. Die Gewerbförderung müsse sich daher künftig besonders auf das Handwerk konzentrieren.

In der Stellungnahme wird verlangt, daß das Land dem Handwerk besondere Mittel für Kredite gewährt und bei allen sozialen Maßnahmen die Besonderheiten der Handwerksbetriebe berücksichtigt. Die Kreditnot im Handwerk habe unerträgliche Formen angenommen. Bei der Vergebung öffentlicher Bauarbeiten soll darauf geachtet werden, daß für jede tüchtige Leistung auch ein angemessener Preis bezahlt wird. Der Handwerkertag schlägt in diesem Zusammenhang vor, daß bald ein Landesverdingungsausschuß gebildet werden soll. Von der Verfassunggebenden Landesversammlung wird erwartet, daß in die Verfassung ein grundsätzliches Bekenntnis zum Verbot der Regiebetriebe der öffentlichen Hand aufgenommen wird. Der Handwerkertag weist ferner auf die Notwendigkeit einer einfachen und sparsamen Verwaltung hin. Bei der Bildung der vorläufigen Regierung sei dieser Forderung nicht entsprochen worden. Die Ministerien sollten von Einzelaufgaben befreit, jede Art von Selbstverwaltung solle gefördert werden.

Abschiedsmpfang für General Gross

Dr. Maier überreichte ein Ehrengeschenk

Stuttgart (sw). Die Regierung des Landes Baden-Württemberg gab in der Villa Reitzenstein einen Abschiedsmpfang für den scheidenden amerikanischen Landeskommisssar General Charles P. Gross.

Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier überreichte als Abschiedsgeschenk ein Silberservice. General Gross brachte in seinen Abschiedsworten in deutscher Sprache seinen Dank an das Land zum Ausdruck, das er während seiner dreijährigen Tätigkeit als Landeskommisssar sehr lieb gewonnen habe. Er äußerte seine Absicht, in ein paar Jahren besuchsweise einmal wiederzukommen. Er habe Gelegenheit gehabt, sagte der Landeskommisssar, den Fleiß und die Strebsamkeit der Bewohner dieses Landes kennenzulernen. General Gross sprach seine Hoffnung aus, daß der neue Südweststaat bald aus den Kinderjahren heraus sein werde. Kürzlich habe er Kultminister Dr. Schenkel gefragt: „Wie wird man den Südweststaat nennen? Wird man ihn immer Baden-Württemberg heißen?“ Darauf habe Dr. Schenkel erwidert: „Ich glaube nicht. Man wird ihn vielleicht Rhein-Schwabenland heißen, aber Rhein mit „h“ geschrieben.“ General Gross bemerkte scherzhaft, daß er dem Kultminister habe helfen wollen, ein reines Land zu haben. Deshalb habe er ihn gefragt, warum der neue Landesname denn nicht: „Rein hold Schwabenland“ lauten solle?

Bundesbahn soll sich entscheiden

Arbeitsgemeinschaft Rhein-Neckar tagte

Bad Dürkheim (sw). Die Verkehrsarbeitsgemeinschaft des Rhein-Neckargebietes forderte auf einer Tagung in Bad Dürkheim die Hauptverwaltung der Bundesbahn auf, bald die Frage zu prüfen, ob sie einen mehr als zweigleisigen Übergang über den Rhein zwischen Ludwigshafen und Mannheim für notwendig halte. Außerdem wurde die Hauptverwaltung ersucht, den von ihr benutzten Brückenpfeiler zwischen den Schwesternstädten freizugeben. Der Geschäftsführer der kommunalen Arbeitsgemeinschaft Rhein-Neckar, Dr. Reschke

(Mannheim) sagte, die Schwesternstädte wollten nach wie vor auf die Bundesbahn einwirken, um sie zu veranlassen, die zerstörte Eisenbahnbrücke wiederherzustellen. Auf der Tagung wurde ferner mitgeteilt, die „Nordbrücke“ solle vom Mühlau-Hafen Mannheim aus über den Rhein führen und in Ludwigshafen in der Nähe des Hauptbahnhofs einmünden. Für dieses Projekt seien jedoch noch keine Mittel vorhanden.

Chemiker erforschen Tbc-Heilmittel

Nobelpreisträger-Kongreß in Lindau — Wunder der Chemie

Lindau (UP). Drei Tage lang breiteten zehn Kapazitäten der Wissenschaft auf dem diesjährigen Lindauer Nobelpreisträgerkongreß, der jetzt mit einem Abschiedsmpfang beim Ehrenprotektor der Tagung, dem schwedischen Grafen Lennart Bernadotte, auf Schloß Mainau zu Ende ging die neuesten Wunder der Chemie vor einem stetig zuwachsenden Fach- und Laienpublikum aus. Nachdem am Eröffnungstage die Koryphäen der Atomwissenschaft, der deutsche Professor Dr. Otto Hahn, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, die französische Radiumforscherin Irene de Joliot-Curie und der englische Spezialist für Isotope, Professor Dr. Frederick Soddy, sich mit den „Grundsteinen der Welt“ nach dem neuesten Stande der Forschung beschäftigt hatten, wobei es zu lebhaften Diskussionen über die Kerntheorie kam, enthielten die Referate der anderen sieben Nobelpreisträger in den folgenden Tagen die erstantlichen Möglichkeiten, die der Chemie als Helferin der Leidenden und um ihre Existenz ringenden Menschheit innewohnen.

Höhepunkte der Tagung waren u. a. die Vorträge von Prof. Dr. Gerhard Domagk, dem Leiter der Bayer-Laboratorien in Wuppertal, über die Chemotherapie der Tuberkulose, und von Prof. Dr. Adolf Butenandt, Direktor des Max-Planck-Instituts für Biochemie in Tübingen, über die Erforschung des Insektenhormons. Prof. Domagk teilte mit, daß in dem Tuberkulose-Mittel „Neoteben“ durch Tierreihenversuche eine bis zum zehnfachen wirksameren Waffe gegen die tödliche Seuche nachgewiesen sei, als alle bisherigen Mittel einschließlich „Conteben“ und „Streptomycin“ es waren. Es komme jetzt darauf an, den Wettlauf zwischen der keimtötenden Wirkung dieser Präparate und der Anpassungsfähigkeit der Erreger zu gewinnen. Allerdings gäbe es auch hier kein absolut sicheres „Allheilmittel“, und eine Hauptaufgabe sei die noch zu geringe Menge des zur Verfügung stehenden Stoffes.

Professor Butenandt berichtete, es stehe heute fest, daß die berühmte Metamorphose der Insekten, d. h. die Entwicklung ein und desselben Tiers von der Larve über die Puppe zum Geschlechtsstier, von Hormonen gesteuert werde, die jetzt einwandfrei chemisch bestimmbar seien, und zwar als Aminosäuren. Auch die sexuellen Lockstoffe der Insektenweibchen seien als Hormone erkannt und böten mit ihrer „Fernwirkung“ auf die Männchen einen idealen Ansatzpunkt für neue Methoden der Schädlingsbekämpfung.

Der schwedische Gelehrte und Mitglied des Nobel-Komitees, Professor Hans von Euler-Chelpin hielt es für möglich, krebs-hemmende Stoffe zu finden, warnte jedoch wie die meisten der in Lindau versammelten Größen der Wissenschaft vor übertriebenem Optimismus. Mit der gleichen realistischen Zurückhaltung erläuterte der finnische Nobelpreisträger Dr. Arturi I. Virtanen seine Elweiß-Synthese aus dem atmosphärischen Stickstoff, mit der es in Zukunft möglich sein müsse, unabhängig von Kunstdünger und Kraftfutter den Ertrag des Bodens zu verdoppeln.

Trompeterschloß ohne Trikolore

Säckingen (swk). Das Trompeterschloß, das Wahrzeichen Säckingens, ist nun besatzungsfrei. Im Verlauf eines kurzen militärischen Aktes wurde die Trikolore eingezogen. Damit werden die Räume für Zwecke der Stadtverwaltung frei, welche dort das Amt für Soforthilfe und das Verkehrsamt unterbringen will. Besonders das letztere litt bisher erheblich unter der Raumnot.



für Geschirr und Besteck



für Haus und Küchengerät



für stark verschmutzte Arbeitswäsche



macht's für

30 Pfennig

284/52 '52

Umschau in Karlsruhe

Vom Baum bis zum fertigen Brett

Bundesfachschau des Zimmerhandwerks Karlsruhe (swk). Mit der Eröffnung der großen Bundesfachschau des deutschen Zimmerhandwerks wurde der in Karlsruhe stattfindende diesjährige Bundestag des deutschen Zimmerhandwerks eingeleitet.

„Berlins Ami“ in Karlsruhe gefaßt

Karlsruhe (swk). Die Karlsruher Kriminalpolizei machte mit der Verhaftung des 21 Jahre alten Bauschlossers Hans Bruhn aus Berlin einen guten Fang.

Karlsruhe Der Verband der Heimkehrer in Karlsruhe hat in einer dieser Tage angenommenen Entschlieung erneut alle zuständigen Stellen aufgefordert, sich für die Entlassung der noch im Westen zurückgehaltenen Kriegsgefangenen einzusetzen.

Aus der badischen Heimat

Aus 15 Meter Höhe abgestürzt

Mannheim (swk). Bei der Montage eines Krans in Mannheim-Rheinau stürzte ein 31 Jahre alter Mann aus einer Höhe von 15 Metern ab.

Professor Hahn zum Landesbischof gewählt Heidelberg (CND). Zum neuen evangelisch-lutherischen Landesbischof von Oldenburg wählte die in Oldenburg tagende Synode der Landeskirche Professor Dr. Wilhelm Hahn (Heidelberg).

Heidelberg Professor Dr. E. Hayek von der Universität Innsbruck wurde auf den außerordentlichen Lehrstuhl für anorganische Chemie an die Universität Heidelberg berufen.

Weinheim. Die Weinheimer Stadtverwaltung, die im Schloßpark einen Miniaturzoo eingerichtet hat, teilte mit, daß durch unbekannte Besucher wiederholt versucht worden sei, Tiere zu veräffeln.

Bahnwärter von Fernschnellzug überfahren

Schwetzingen (swk). Auf dem Bahnhofsgebäude bei Schwetzingen ist ein 44jähriger Oberbahnwärter bei der täglichen Streckenbegehung von einem Fernschnellzug erfaßt und auf der Stelle getötet worden.

Roman von Doris Eicke:

Das Herz muß schweigen

14. Fortsetzung

Marieli reißt mit unermesslicher Kraft den Kopf zurück. Ihre Lungen keuchen.

„Laß mich — du bist mir nicht zu nahe; das läßt sich nun einmal nicht ändern. Geh heim, Niklaus! Du hast eine gute Frau; da brauchst du nicht!“

Das letzte Klingeln wie ein Schrei. Niklaus fährt zusammen, hebt den Kopf. Marieli nützt seine Betroffenheit aus; sie entwindet sich ihm und springt auf die Füße.

„Sie hört ihn wohl, aber sie hält nicht ein. Hunderte von Malen ist sie früher durch diese Schlucht gegangen, am Tage und in der Nacht. Aber es ist lange her; sie kennt nicht mehr jeden Schritt.“

„Marieli, halt an, um Gotteswillen!“ Sie hört ihn wohl, aber sie hält nicht ein. Hunderte von Malen ist sie früher durch diese Schlucht gegangen, am Tage und in der Nacht.

„Marieli, nimm doch Vernunft an! Halt ein!“ ruft er verzweifelt.

Seine Stimme ist noch nicht verhallt, da geschieht das Entsetzliche: das Mädchen gleitet auf den schlüpfrigen Steinplatten aus, bricht dicht am Abgrund in die Knie. Niklaus ist nur noch wenige Schritte von ihr entfernt.

„Hei, jetzt geht das Kneten noch einmal so gut! Sie klopft und wälzt den Teig, daß es eine Lust ist, ihr zuzusehen.“

Ferienrast stürzte vom Kirschbaum

Bruchsal (swk). Im Garten einer Bruchsaler Familie, bei welcher er seine Ferien verbrachte, stürzte ein 66 Jahre alter Schlachthofdirektor A. D. aus Offenbach von einem Kirschbaum und verletzte sich so schwer, daß er bereits nach kurzer Zeit starb.

Baden-Baden. Nach dem Erfolg seiner ersten beiden politischen Preisausschreiben führt der Südwestfunk am 28. 6. 1949 Uhr. einen dritten Wettbewerb durch.

Baden-Baden. Im Rahmen einer am 12. Juli beginnenden Rosenschau findet am 13. Juli in Baden-Baden ein Rosen-Korso mit anschließendem Rosen-Ball statt.

Von einem vorbeifahrenden Zug erfaßt Bühl (swk). Auf dem Bahnhof Bühl wurde ein 58 Jahre alter Rangierer beim Absteigen von einem Güterzug von einem vorbeifahrenden Schnellzug erfaßt und getötet.

Erhaltung der Allerheiligen-Wasserfälle

Ein CDU-Antrag in der Landesversammlung Offenburg (lid). Der CDU-Abgeordnete des Wahlkreises Offenburg, Dr. Hermann Person, hat in der Verfassenden Landesversammlung einen Antrag eingebracht.

Das für die Kreis- und Gemeindevahlen noch gültige sächsisches Landeswahlgesetz vom 7. Juli 1948 schreibt grundsätzlich die Verhältniswahl auf Grund gleichzeitiger Wahlabschlüsse vor.

Offenburg (swk). In der Nähe von Haslach geriet ein 24jähriger Motorradfahrer beim Ausweichen vor einem Radfahrer unter einen mit Steinschotter beladenen Lastkraftwagen und wurde vollkommen zermalmt.

Die Ehefrau mit einem Dolch angegriffen Achern (swk). Ein 28jähriger Mann griff in seiner Wohnung in Achern seine 23jährige Ehefrau mit einem Dolch an.

Badens ältester Sänger verunglückt Kehl (swk). Beim Abgeben von der Bundesstraße Kehl-Rastatt wurde der 78jährige Maurermeister Jakob Wagner aus Hehlmingen mit seinem Fahrrad von einem nachfolgenden Motorrad erfaßt.

Freiburg. Prälat Dr. E. Föhr, Freiburg, hat die geistliche Leitung des Caritas-Herbst-Pilgerzuges nach Lourdes übernommen. Die neuntägige Pilgerfahrt verläßt am 28. August Offenburg.

Umstrittene Kommunalwahlen

Durchführung bis 9. November erwünscht Freiburg (swk). In Südbaden sind bis spätestens 9. November die Gemeinderat- und Bürgermeisterwahlen fällig, da die gegenwärtige Amtszeit der Gemeinderäte und Bürgermeister nach dem Gesetz am 14. November dieses Jahres abläuft.

Das für die Kreis- und Gemeindevahlen noch gültige sächsisches Landeswahlgesetz vom 7. Juli 1948 schreibt grundsätzlich die Verhältniswahl auf Grund gleichzeitiger Wahlabschlüsse vor.

Freiburg. Die Stadt Freiburg zählte Ende Mai insgesamt 120 425 Einwohner. Nach der soeben vorgelegten Statistik sind von diesen Einwohnern 55 113 männlichen und 75 312 weiblichen Geschlechts.

Autobahn am Schwarzwaldrand?

Umstrittene Strecke Karlsruhe — Basel Freiburg (swk). Der Verkehrsausschuß und die Verkehrsreferenten der Arbeitsgemeinschaft der südbadischen Industrie- und Handelskammern erörtern in Freiburg einen Vorschlag über den Verlauf der künftigen Autobahn Karlsruhe — Basel.

Freiburg. Die Stadt Freiburg zählte Ende Mai insgesamt 120 425 Einwohner. Nach der soeben vorgelegten Statistik sind von diesen Einwohnern 55 113 männlichen und 75 312 weiblichen Geschlechts.

seinen Studenten untersucht hat, weist schließlich auf die landschaftlichen Vorteile einer Trassierung im Gebirge hin.

Die Verkehrssachverständigen der Industrie- und Handelskammer wandten sich einmütig gegen den Vorschlag. Sie betonten, die von Prof. Neumann angeregte Straßenführung werde den jetzigen Kostenvoranschlag von rund 200 Millionen DM um 50 Prozent erhöhen.

Frankreich kauft oberbadische Kirschen

Hallingen, Kreis Lörrach (swk). Auf dem oberbadischen Obstmarkt Hallingens bei Lörrach wurden ein Teil der Anführer von Händlern aus dem Elsaß und anderen ostfranzösischen Regierungsbezirken aufgekauft.

Waldshut (swk). Das Kraftwerk Witnau des Schluchsewerks im südlichen Schwarzwald liegt seit einigen Tagen still, da ein während des Krieges gebauter unterirdischer Stollen zwischen dem Staustufen Häusern und Witnau undicht geworden ist.

Bauerntag 1952 in Konstanz

Konstanz (swk). Der Deutsche Bauernverband veranstaltet vom 3. bis 6. Juli in Konstanz den „Deutschen Bauerntag 1952“.

Ein Jahr Spielbank Konstanz

Konstanz (swk). Am 14. Juli kann die Dependence der Spielbank Baden-Baden auf ein einjähriges Bestehen zurückblicken. Die Optimisten, welche dem Spiel am Bodensee eine gedeihliche Entwicklung voraussagen, haben recht behalten.

Kampf um Liebe und Nest

Stockach (SWK). Über drei Stunden dauerte ein erbitterter Storchekampf über den Dächern von Neuren an der Aach. Das Nest war in diesem Jahre von einem älteren Storchpaar bewohnt, welches bereits vier Junge ausgebrütet hatte.

mag es genug sein. Hurtig macht sie Arme und Hände sauber, klopft das Futruch vom Mehle frei und tritt an den Herd. Der Niklaus wird Hunger haben.

Nach einer Weile, da sie sich schon zu wintern beginnt, daß sein schwerer Tritt nicht endlich zu hören ist, entsteht vor der Tür ein Wispern und Drängen. Jemand stößt sie auf, aber niemand kommt herein.

„Sag du es!“ „Nein, nein!“ „Meinert ist der Meisterknecht, der soll reden!“ „Ich bring's nicht fertig.“ „Ich auch nicht.“

Der Locherin großblättriges Gesicht wird noch farbloser als sonst. Seit wann haben ihre Diensten Angst, vor ihr, der Hausmutter, zu reden?

„Was gib's?“ fragt sie heiser. Jetzt schweigen sie alle. „Wo ist der Bauer? So redet doch!“ „Wir wissen es nicht.“

„Ich hab doch den Wagen kommen hören.“ Jetzt ist das Stichwort gefallen. Sie reden auf einmal alle miteinander.

„Der Wagen schon, aber...“ „Der Rappe hat den Weg nach Hause allein gefunden.“ „Der Bauer ist halt nicht drin gewesen. Wer weiß, wo der ist!“

„Still jetzt!“ Die Bäuerin stampft mit dem Fuß auf. Alle Gelassenheit ist von ihr abgefallen. „Ihr, Meinert, steht mir jetzt Rede, die anderen schweigen. Ist der Bauer nicht im Wagen gewesen?“

Die Bäuerin holt einmal tief Atem. „So wird es wohl sein. Ein Glück, daß der Rappe die Schluchten gut kennt; es hätte auch anders ausgehen können.“

„Der Meister wird schön schimpfen, wenn er zu Fuß heimwärts muß.“ „Soll ich ihm nicht entgegenfahren, Frau?“ meldet sich Xaver bereitwillig.

„Hm.“ Die Bäuerin schaut unerschrocken unter sich. „Ich tu's am Ende selber.“

Plötzlich fahren alle Köpfe hoch. Ein schwerer Tritt kommt über den Hofplatz daher; sie kennen ihn alle. Die Haustür geht.

„Da kommt er schon selber!“ Sie schauen sich alle freudig an. Gottlob, der Schrecken vor uns! Das Kätti öffnet die Tür. Ihr gemeinsamer Morgenruß klingt wärmer als sonst.

Aus dem dämmerigen Gang tritt der Meister in die Küche. Sein Blick ist starr, er sagt kein Wort. schaut niemanden an. Erschröcken, schen tasten die Blicke seiner Leute über ihn hin.

Der Bauer schaut auf und über sie alle hinweg, als stünde dort niemand. Ein tiefes, granvolles Entsetzen schreit aus seinen verstörten Augen.

Die Bäuerin fällt sich zuerst. „Geh schaffen, ihr Leute!“ sagt sie, strenger als es sonst ihre Art ist, und tritt an die Tür, um sie hinter dem letzten zu schließen. Sie gehen nicht gern, aber ihr Blick duldet keinen Widerspruch.

„Das nicht; es ist ganz gemächlich durchs Hofgatter getraht. Die Zügel sind noch festgebunden, wie wenn der Bauer ausgestiegen wäre. Vielleicht ist das Roß ihm ausgerückt. Frau, ihr wißt doch, es steht nicht ganz lang.“

(Fortsetzung folgt)